

Datenschutzbelehrung

Die Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung verarbeitet im Zusammenhang mit Ihren Eingaben und Anfragen Ihre personenbezogenen Daten nur soweit dies erforderlich, um mit Ihnen zu kommunizieren oder um das Verwaltungshandeln ordnungsgemäß zu dokumentieren.

Personenbezogene Daten sind beispielsweise Angaben zu Ihrer Person, aber auch zu Sachverhalten, die mit Ihrer Person in Verbindung stehen. Hierzu gehören insbesondere jene personenbezogene Daten (beispielsweise Name, Vorname, Anschrift, E-Mail-Adresse), die wir unmittelbar von Ihnen selbst erhalten haben sowie die Informationen über den von Ihnen gewählten Kontaktweg (Brief, Telefon, E-Mail, Kontaktformular usw.). Die Verarbeitung der Daten ist zur Wahrnehmung unserer Aufgaben erforderlich. Die Rechtsgrundlage findet sich hierfür in § 2 Absatz 1 in Verbindung mit § 1 Absatz 2 Satz 2

Informationsverarbeitungsgesetz (IVG).

Wir geben die von Ihnen erhaltenen Daten nur dann an Dritte weiter, wenn Sie ausdrücklich eingewilligt haben oder wenn wir gesetzlich oder aufgrund einer gerichtlichen Entscheidung dazu verpflichtet sind. Ist eine andere Behörde zuständig, wird ihre Eingabe oder Anfrage an die zuständige Behörde weitergegeben (§ 2 Absatz 1 IVG); sie erhalten eine Abgabennachricht (§ 31 Absatz 2 Gemeinsame Geschäftsordnung für die Berliner Verwaltung, Allgemeiner Teil (GGO I)).

Soweit die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ausschließlich auf Grundlage Ihrer Einwilligung erfolgt (Art. 6 Abs. 1 Buchstabe a oder Art. 9 Abs. 2 Buchstabe a) Datenschutz-Grundverordnung), können Sie diese jederzeit und ohne Angabe von Gründen für den entsprechenden Zweck widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung aufgrund Ihrer getätigten Einwilligung bleibt bis zum Eingang Ihres Widerrufs unberührt.

Die Aufbewahrung von Eingaben und Anfragen erfolgt sowohl für solche in Papierform als auch für elektronische gemäß der Richtlinie für das Bearbeiten und Verwalten von Schriftgut in der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung, welche die gemeinsame Geschäftsordnung für die Berliner Verwaltung (§ 61 GGO I) ergänzt. In der Regel beträgt die Aufbewahrungsfrist 5 Jahre.

Ihnen stehen gegenüber der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung ein Auskunftsrecht bezüglich der über Sie gespeicherten personenbezogenen Daten und ein Recht auf Berichtigung unrichtiger Daten sowie auf Vervollständigung unvollständiger Daten zu.

Die Kontaktdaten der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung als für die Datenverarbeitung Verantwortlicher lauten wie folgt:

Salzburger Straße 21 – 25, 10825 Berlin

030 9013 (913) - 0

poststelle@senjustva.berlin.de

<https://www.berlin.de/sen/justiz/>

Beschwerden gegen die Erhebung und die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten können an die oder den behördlichen Datenschutzbeauftragten bei der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung sowie die Berliner Beauftragte oder den Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit als zuständige Aufsichtsbehörde (Friedrichstr. 219, 10969 Berlin, mailbox@datenschutz-berlin.de) gerichtet werden. Der behördliche Datenschutzbeauftragte bei der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung ist Herr Uwe Duckstein, an den Sie sich schriftlich oder per Mail (datenschutz@senjustva.berlin.de) wenden können. Im Übrigen verweisen wir auf die Hinweise der allgemeinen Datenschutzerklärung von berlin.de (abzurufen unter: <https://www.berlin.de/wir-ueber-uns/agb/datenschutz/>).